

Inhaltsverzeichnis

Teil 1: Einleitung	1
A. Problemstellung	1
B. Gang der Untersuchung	5
Teil 2: Gefahrenabwehrrechtliche Verantwortlichkeit im Konzern	9
A. Begriff des Konzerns	10
I. Begriffsbestimmung	10
II. Relevante Konzernstrukturen	12
1. Rechtsform der konzernierten Gesellschaft	12
2. Leitungsmacht der Konzernobergesellschaft	14
a) Vertragsunterordnungskonzern, §§ 291 ff. AktG	15
aa) Das Weisungsrecht nach § 308 AktG	17
(1) Inhalt und Reichweite	17
(2) Grenzen des Weisungsrechts	19
bb) Rückgriff auf erwirtschafteten Gewinn der beherrschten Gesellschaft	22
b) Faktischer Unterordnungskonzern	24
aa) Das Abhängigkeitsverhältnis nach § 17 AktG	24
bb) Rückgriff auf erwirtschafteten Gewinn der abhängigen Gesellschaft	27

Inhaltsverzeichnis

III. Zwischenergebnis	28
B. Grundlagen der gefahrenabwehrrechtlichen Verantwortlichkeit von (Konzern-)Unternehmen	29
I. Systematik und rechtliche Bedeutung der Verantwortlichkeit im Gefahrenabwehrrecht	30
II. (Konzern-)Unternehmen als Adressaten behördlicher Gefahrenabwehrmaßnahmen	33
1. Polizei- und Ordnungspflichtigkeit juristischer Personen	33
2. Kein haftungsrechtlicher Durchgriff auf Mitglieder der Gesellschaft	35
III. Zwischenergebnis	36
C. Gefahrenabwehrrechtliche Verantwortlichkeit von Konzernobergergesellschaften	36
I. Die Verhaltensverantwortlichkeit von Konzernobergergesellschaften	37
1. Zurechnungstheorien	37
a) Prinzipien der Zurechnung – Sachgerechtigkeit und Rechtsgerechtigkeit	39
b) Äquivalenztheorie	40
c) Adäquanztheorie	41
d) Theorie der rechtswidrigen Verursachung	42
e) Theorie der sozialen Adäquanz	44
f) Theorie der unmittelbaren Verursachung	45
2. Zurechnungszusammenhang zwischen der Konzernierung einer Gesellschaft und den durch diese verursachten Lasten	47
a) Unmittelbare Verursachung der Gefahren durch Konzernierung der pflichtenbegründenden Gesellschaft?	48

Inhaltsverzeichnis

b) Weitere Anknüpfungspunkte einer Zurechnungsbegründung	51
aa) Konzernobergesellschaft als Zweckveranlasserin	52
(1) Zulässigkeit	53
(2) Maßgebliches Zurechnungskriterium	56
(3) Begründung von Lasten als typische und vorhersehbare Folge der Konzernierung?	58
(4) Zwischenergebnis	61
bb) Verhaltensverantwortlichkeit durch Unterlassen	62
(1) Öffentlich-rechtliche Handlungspflicht	63
(2) „Inhaber des Gegenmittels“	65
cc) Tochtergesellschaft als Verrichtungsgehilfe	65
3. Zwischenergebnis	69
II. Die Zustandsverantwortlichkeit von Konzernobergesellschaften	70
1. Legitimität und Entstehung der Zustandsverantwortlichkeit	71
2. Konzernobergesellschaft als Zustandsstörer	73
D. Ergebnis zu Teil 2	76
 Teil 3: Gesellschafts- und konzernrechtliche Einstandspflichten von Konzernobergesellschaften für durch ihre Tochtergesellschaften verursachte Lasten	77
A. Grundlagen konzernrechtlicher Haftung	78
I. Konzernrechtliche Haftung der Konzernobergesellschaft im Vertragskonzern	79

Inhaltsverzeichnis

II. Konzernrechtliche Haftung der Konzernobergesellschaft im faktischen Konzern	81
1. Pflicht zum Nachteilsausgleich nach §§ 311, 317 AktG im faktischen Aktienkonzern	82
a) Veranlassung der konzernierten Gesellschaft zu einem Rechtsgeschäft oder einer Maßnahme	83
b) Einrichtung und Steuerung eines Gewerbebetriebs als nachteilige Maßnahme	84
c) Rechtsfolge: Schadensersatzpflicht nach § 317 AktG	87
d) Verjährung	88
2. Bindung an die Kapitalerhaltungsregelungen und Haftung bei existenzgefährdendem Eingriff im faktischen GmbH-Konzern	90
3. Zwischenergebnis	94
III. Weitere Haftungstatbestände, insbesondere Haftung aus „harter“ Patronatserklärung	95
IV. Zwischenergebnis	96
B. Gesellschaftsrechtsrechtliche Gestaltungs- und Umstrukturierungsmöglichkeiten zur Vermeidung einer konzernrechtlichen Inanspruchnahme	98
I. Konzernrechtliche Gestaltungsmöglichkeiten	98
1. Beendigung des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags	99
a) Beendigungsmöglichkeiten	99
aa) Aufhebungsvertrag	99
bb) Ordentliche und außerordentliche Kündigung	99
cc) Beendigung nach § 307 AktG	102
b) Sicherheitsleistung nach Beendigung des Beherrschungsvertrags, § 303 AktG	103
c) Zwischenergebnis	105
2. Beendigung einer Einstandspflicht aufgrund harter Patronatserklärung	106

Inhaltsverzeichnis

II. Gesellschaftsrechtliche Umstrukturierungen	108
1. Umstrukturierungen auf der Ebene der Konzernobergesellschaft	109
a) Vorüberlegung	110
b) Spaltungsmaßnahmen auf der Ebene der herrschenden Konzernobergesellschaft	111
aa) Grundlagen der Spaltung	111
bb) Die Spaltungsarten	113
cc) Schicksal bestehender Beherrschungs- und/oder Gewinnabführungsverträge im Rahmen der Spaltung	117
dd) Gestaltungsmöglichkeiten zur Übertragung einer öffentlich-rechtlichen Pflichtenstellung	117
c) Zwischenergebnis	120
2. Umstrukturierungen auf der Ebene der konzernierten Gesellschaft	120
a) Vorüberlegung	121
b) Rechtsnachfolgefähigkeit öffentlich-rechtlicher Pflichten	121
aa) Allgemeine Voraussetzungen	122
bb) Rechtsnachfolge in die Zustandsverantwortlichkeit	126
cc) Rechtsnachfolge in die Verhaltensverantwortlichkeit	128
c) Umwandlungsrechtliche Strukturmaßnahmen zur Übertragung einer öffentlich-rechtlichen Pflichtenstellung	131
aa) Verschmelzung der konzernierten Gesellschaft	131
(1) Grundlagen der Verschmelzung	131
(2) Die Verschmelzungsarten	134

Inhaltsverzeichnis

(3) Gestaltungsmöglichkeiten zur Übertragung einer öffentlich-rechtlichen Pflichtenstellung	136
bb) Spaltung der konzernierten Gesellschaft	137
d) Zwischenergebnis	139
3. Rechtsform der aufnehmenden Gesellschaft	139
4. Umwandlungsrechtliche Grenzen bei der Übertragung von öffentlich-rechtlichen Pflichtenstellungen	142
a) Grundsatz der Kapitalerhaltung	143
aa) Prinzip der realen Kapitalaufbringung	143
bb) Verzicht auf die Gewährung von Anteilen	146
cc) Kapitalerhaltung beim Ausgangsrechtsträger	148
dd) Zwischenergebnis	149
b) Umwandlungsrechtlicher Gläubigerschutz, § 133 UmwG	150
C. Ergebnis zu Teil 3	155
Teil 4: Nachhaftung als ordnungsrechtliches Mittel zur Konservierung gesellschaftsrechtlicher Einstandspflichten von Konzernobergesellschaften	159
A. Nachhaftungsmodell: Umfassende Verantwortlichkeit der Muttergesellschaften	160
I. Gegenstand der Haftung	161
II. Autonome Bestimmung der Haftungsadressaten	163
III. „Konservierung“ der Nachhaftung gegen gesellschaftsrechtliche Gestaltungsmöglichkeiten	165
1. Keine Enthaftung durch Aufgabe der beherrschenden Stellung, § 3 Abs. 1 NachhG	166
2. Keine Enthaftung durch Vermögensübertragung, § 3 Abs. 2 und 3 NachhG	166

Inhaltsverzeichnis

IV. Zusammenfassung	168
B. Rechtmäßigkeit einer Nachhaftung	169
I. Vereinbarkeit der Nachhaftung mit den Freiheitsgrundrechten	170
1. Verletzung von Freiheitsgrundrechten durch Einführung einer Nachhaftung	170
a) Eingriff in die Eigentumsgarantie, Art. 14 Abs. 1 GG	170
aa) Sachlicher und persönlicher Schutzbereich	170
bb) Eingriff in den Schutzbereich	172
b) Eingriff in die Berufsfreiheit, Art. 12 Abs. 1 GG	176
aa) Sachlicher und persönlicher Schutzbereich	176
bb) Eingriff in den Schutzbereich	178
cc) Verhältnis zu Art. 14 GG	182
c) Eingriff in die Vereinigungsfreiheit, Art. 9 Abs. 1 GG	183
aa) Sachlicher und persönlicher Schutzbereich	183
bb) Eingriff in den Schutzbereich	185
cc) Verhältnis zu Art. 14 und 12 GG	188
2. Rechtfertigung der Eingriffe in Art. 14 GG und Art. 12 GG	189
a) Verhältnismäßigkeit	191
aa) Legitimer Zweck und Geeignetheit des Nachhaftungsmodells	191
bb) Erforderlichkeit	193
(1) Ausreichende Sicherung der Kostentragung durch bisheriges Rückstellungssystem?	194
(2) Alternative Finanzierungsmodelle als weniger intensive Maßnahme?	197
cc) Angemessenheit	202
(1) Eingriffsintensität einer Nachhaftung	203
(2) Konkrete Gemeinwohlförderung durch eine Nachhaftung	207

Inhaltsverzeichnis

(3) Abwägung	209
b) Vertrauenschutz und Rückwirkungsverbot	213
3. Zwischenergebnis	218
II. Vereinbarkeit der Nachhaftung mit dem allgemeinen Gleichheitssatz nach Art. 3 Abs. 1 GG	218
1. Ungleichbehandlung	218
a) Bedeutung und Struktur des allgemeinen Gleichheitssatzes nach Art. 3 Abs. 1 GG	218
b) Ungleichbehandlung durch Einführung einer Nachhaftung	221
aa) Ungleichbehandlung durch die Schaffung eines punktuellen Sonderrechts durch die Einführung einer Nachhaftung	221
bb) Ungleichbehandlung durch die typisierende Inbezugnahme von „herrschenden Unternehmen“ in den Anwendungsbereich der Nachhaftung	223
2. Rechtfertigung der Ungleichbehandlung	224
a) Rechtfertigung der Schaffung von punktuellem Sonderrecht durch die Einführung einer Nachhaftung	224
aa) Differenzierungsgrund	225
bb) Angemessenes Verhältnis zwischen Differenzierungsgrund und konkreter Ungleichbehandlung	228
b) Rechtfertigung der typisierenden Inbezugnahme von „herrschenden Unternehmen“ in den Anwendungsbereich der Nachhaftung	229
3. Zwischenergebnis	233

Inhaltsverzeichnis

C. Stellungnahme und Reformvorschlag	233
I. Bundesbodenschutzgesetz als Vorbild einer Nachhaftungsregelung?	234
1. Die Bestimmung des ordnungsrechtlich Verantwortlichen nach dem Bundesbodenschutzgesetz	235
2. Eigener Formulierungsvorschlag einer verfassungsgemäßen Nachhaftungsregelung	238
II. Verfassungsmäßigkeit	239
D. Ergebnis zu Teil 4	243
Teil 5: Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse	245
Literaturverzeichnis	253